

Rohstoffe, Renten und ungleiche Spezialisierung

Über die Chancen einer neuen Weltwirtschaftsordnung

Hannes Warnecke-Berger

Rohstoffe sind eine notwendige Überlebensgrundlage von Gesellschaften.¹ Menschen müssen essen, wohnen und arbeiten. Dabei benutzen und verbrauchen sie Rohstoffe. Der globale Rohstoffhandel macht bis zu einem Drittel des gesamten Welthandels aus. Zwar können Rohstoffe vielerorts gefördert und produziert werden, dennoch erwachsen aus der Produktion von Rohstoffen sowie aus ihrem Handel und Verbrauch weltweit zentrale Ungleichheiten. Mehr als 100 Staaten auf der Welt haben sich seit geraumer Zeit auf die Produktion und den Export von Rohstoffen spezialisiert. In diesen Ländern lebt zusammengenommen mehr als ein Viertel der Weltbevölkerung. Diese Länder verfolgen mit dem Rohstoffextraktivismus ein Entwicklungsmodell, das auf dem Abbau und Export von Rohstoffen basiert und risikoreich ist. Trotz enormer Wandlungsprozesse, etwa dem Aufstieg Chinas und Indiens, gibt es eine internationale Rohstoffarbeitsteilung, die sich in den letzten drei Dekaden noch weiter verhärtet hat.

Spätestens seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist vielen klar geworden, dass die Abhängigkeit von Rohstoffen zu einem Problem werden kann. So muss beispielsweise Deutschland einen Großteil der Rohstoffe aus anderen Regionen der Welt importieren – viele davon kommen aus dem Globalen Süden. Die Kehrseite dieser deutschen Rohstoffabhängigkeit ist das

1 Zur Begriffsklärung: Als Bodenschätze (*natural resources*) sind unverarbeitete Materialien zu verstehen, die Lebewesen potenziell für ihr Überleben benötigen. Das umfasst landwirtschaftliche Produkte ebenso wie Mineralien und fossile Energieträger. Rohstoffe (*raw materials*) sind diejenigen Bodenschätze, die weiterverarbeitet werden. Primärgüter (*primary commodities*) sind wiederum Rohstoffe, die gehandelt und damit kommodifiziert werden. Die Begriffe Rohstoffe und Primärgüter werden jedoch häufig synonym verwendet.

Entwicklungsmodell des Extraktivismus, das ganze Gesellschaften tiefgreifend prägt (siehe zum Überblick und für weitere Literatur Warnecke-Berger/Ickler 2023). Gesellschaften, die sich auf den Abbau und Export von Rohstoffen spezialisiert haben, müssen immer wieder feststellen, dass die Fokussierung auf bestimmte Rohstoffe nicht nur Politik oder Ökonomie prägt, sondern weit ins Alltagsleben hineinreicht. Extraktivismus meint daher auch, dass sich ganze Gesellschaften über den Rohstoffexport reproduzieren. Diese Strategie ist lukrativ. Sie wirft hohe Gewinne ab, führt aber auch zu sozialen Verwerfungen und zerstört die Umwelt. In Rohstoffgesellschaften gibt es meist eine vergleichsweise hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und bedeutend höhere Raten sozialer Ungleichheit. Zudem sind dort Korruption, Klientelismus und Autoritarismus oftmals an der Tagesordnung. Stark schwankende Weltmarktpreise für bestimmte Rohstoffe werden in Extraktionsgesellschaften regelmäßig zu Katalysatoren ökonomischer, politischer und sozialer Krisen (Warnecke-Berger et al. 2022).

Bedeutet das nun für bestimmte Länder zwangsläufig »einmal Rohstoffexport – immer Rohstoffexport«? Keineswegs! Zwar gelang es historisch betrachtet nur sehr wenigen Gesellschaften, die sich einst auf Extraktivismus spezialisiert hatten, diesen zu überwinden (etwa den USA, Kanada oder einigen skandinavischen Ländern im 19. Jahrhundert oder gegenwärtig Malaysia). Versuche und politische Programme, um den Extraktivismus zu verlassen, gibt es jedoch allorten. Rohstoffe sind ein *big business* und sie erzeugen einen besonderen Entwicklungsmythos, der letztlich in der Hoffnung besteht, durch eine vertiefte ungleiche Spezialisierung auf Rohstoffextraktivismus höhere Exporterlöse zu erzielen, die sich dann automatisch in Entwicklungserfolge übersetzen. Gerade deshalb bleiben Rohstoffe politisch umstritten und umkämpft. Von einer Reform der globalen Rohstoffproduktion und des globalen Rohstoffhandels versprechen sich viele Expert:innen, aber auch Politiker:innen Entwicklungsfortschritte für Förderländer oder gar für den gesamten Globalen Süden.

Viele dieser Reformideen heben darauf ab, die globale Ungleichheit, die aus Rohstoffproduktion, -handel, und -konsum erwächst, durch eine Veränderung der Rohstoffpreise zu beheben. Förderländer wollen mehr Geld für ihre Rohstoffe bekommen. Rohstoffpreise sollen durch geeignete Mechanismen zunächst stabilisiert und sodann schrittweise erhöht werden. Dadurch soll ein größerer finanzieller Spielraum für Entwicklungsbestrebungen in Rohstoffländern entstehen. Derartige Ideen fordern derzeit etwa Befürworter:innen des Fairen Handels oder internationale Organisationen ein, beispielsweise die

United Nations Commission on Trade and Development (UNCTAD) oder der Economic Commission for Latin America and the Caribbean (ECLAC). Die Forderungen finden einen breiten Widerhall in der politischen Öffentlichkeit und haben ihre Wurzeln in den Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NIEO) in den 1970er Jahren.

Schon bei der Formulierung der Vorschläge für die NIEO wurde intensiv über Rohstoffe diskutiert. Bereits damals hatten Ländern des Globalen Südens einen substanziellen Anteil an der globalen Rohstoffproduktion. Diese Länder waren jedoch mit zunehmenden Preisproblemen konfrontiert. Sie mussten immer mehr ihrer Rohstoffe exportieren, um sich neueste Technologie, Diversifizierung der Wirtschaft und Wohlstand für alle finanzieren zu können.² Ein integraler Bestandteil der NIEO war der Vorschlag, die internationale Wirtschaft so zu modifizieren, dass die Förderländer höhere Erlöse erwirtschaften können, die sie dann für Diversifizierung und Wohlfahrt einsetzen können. Zu diesem Zweck sollte ein integrales Rohstoffprogramm ins Leben gerufen werden, das über sogenannte *buffer stocks* Rohstoffpreise zunächst stabilisieren sollte. *Buffer stocks* sind Rohstofflager, die gebildet werden, um durch Mengenzurückhaltungen und Rohstoffaufkäufe temporäre Preisschwankungen auszugleichen. Schließlich sollten Preise dann über Kartellbildung unter Förderländern schrittweise erhöht werden. Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) ist ein solches Kartell. In den Vorschlägen für die NIEO wurden viele Rohstoffkartelle angedacht, etwa für Kaffee, Kupfer oder Kakao. Die Ölkrisen der 1970er Jahre sind das wohl bekannteste historische Beispiel für eine Erhöhung von Rohstoffpreisen durch Kartellbildung. Die erhofften Entwicklungserfolge materialisierten sich jedoch nur selten. Viele Förderländer wurden trotz enormer Gewinne immer weiter abhängig von Technologieimporten aus Europa und den USA. Sie rutschen daher in eine enorme Verschuldung ab, die sich zu einer Krise ausweitete, die schließlich der neoliberalen Gegenoffensive, dem Konsens von Washington und einer Spar- und Austeritätspolitik Tür und Tor öffnete.

Ziel dieses Beitrags ist es, die Hintergründe der Ungleichheitsachse Rohstoffe offenzulegen. Dabei zeigt er, dass die problematische Struktur der Weltwirtschaft und mit ihr das System relativer Preise einen wichtigen

2 Dies ist im Kern der Inhalt der bis heute intensiv geführten Terms-of-Trade-Debatte, die aber nach wie vor umstritten bleibt (siehe als Überblick Chakraborty/Sarkar 2020).

Erklärungsimpuls für diese Ungleichheitsachse liefern kann.³ Der Beitrag behauptet, dass bisherige Reformvorschläge (inklusive der NIEO) einen wichtigen, wenn nicht den wichtigsten Punkt nur wenig berücksichtigen: Die Ursache der Asymmetrie in der Weltwirtschaft sind das Auftreten und die Persistenz von Renten. Eine Rente ist eine Überschussform, die nicht aus Konkurrenz, Investition oder Arbeitsproduktivität entspringt, sondern ein Einkommen darstellt, das über politische Mechanismen angeeignet wird. Renten sind Fluch und Segen zugleich: Einerseits sind sie eine zusätzliche Einnahmequelle und lassen bestimmte Wirtschaftssektoren – etwa die Rohstoffproduktion – besonders produktiv erscheinen. Andererseits führen sie zu einer ungleichen Spezialisierung, da Rentensektoren (wie die Rohstoffproduktion) zwar hohe Gewinne abwerfen, aber weder internationale Technologielücken schließen, noch strukturelle Arbeitslosigkeit überwinden. Renten eröffnen einen Handlungsspielraum für politische Akteur:innen und Koalitionen, die diese miteinander eingehen, indem sie es ihnen ermöglichen, Entwicklungsprozesse zu finanzieren. Sie erzeugen aber auch einen Entwicklungsmythos, da das Auftreten zusätzlicher finanzieller Ressourcen oftmals mit Entwicklung gleichgesetzt wird. Mit anderen Worten: Renten sind verlockend. Sie können investiert werden, müssen aber nicht. Im Kapitalismus herrschen Marktmechanismen, die Kapitalist:innen dazu zwingen, ihre Profite zu reinvestieren. In Rentengesellschaften hingegen gibt es keinen systemischen Zwang, der über die Verwendung der Rente entscheidet (Warnecke-Berger et al. 2023). Dies ist auch ein Grund, weshalb Renten oftmals für Loyalität, Systemerhalt oder Repression, nicht aber für strukturelle Transformation und sektoralen Wandel verwendet werden. Nur unter den Bedingungen der Neutralisierung dieser Renten im Weltmaßstab können erfolgreiche Versuche einer gerechteren Weltwirtschaft erreicht werden.

In diesem Beitrag leite ich zunächst aus der Struktur der Weltwirtschaft globale Asymmetrien ab. Diese entstehen durch das globale System relativer Preise und dessen Tendenz, Renten zu erzeugen. Diese Asymmetrien, so meine These, können die globale Ungleichheitsachse Rohstoffe erklären. Dieses Argument verdeutliche ich anschließend anhand der Empirie des

3 Ein relativer Preis ist der Preis eines Gutes, ausgedrückt im Preis eines anderen Gutes. Das System relativer Preise ist also ein relationales System von Preisen für verschiedene Güter. Durch dieses System bewirken Preisveränderungen eines Gutes immer auch Veränderungen der Preise für andere Güter.

Rohstoffhandels. In einem zweiten Schritt zeige ich dann, dass dieser Zusammenhang in der historischen Debatte um die NIEO nur wenig berücksichtigt wurde. Obwohl sich in der Zeit der NIEO in den 1970er Jahren die politische Möglichkeit bot, Reformvorschläge zu institutionalisieren, konnten die geeigneten Mechanismen nicht identifiziert werden. Schließlich skizziere ich in einem dritten Schritt, welche Reformvorschläge aus dem dargestellten Ansatz abgeleitet werden können.

Rente und ungleiche Spezialisierung

Mit Renten bezeichne ich einen Teil ökonomischen Überschusses. Dieser unterscheidet sich von kapitalistischem Profit dadurch, dass er nicht am Markt angeeignet wird, sondern über außerökonomische Mechanismen (Warnecke-Berger 2021b).⁴ Am deutlichsten zeigt sich das anhand der sogenannten Differenzialrenten, die sich aus unterschiedlichen marginalen⁵ Produktionskosten ergeben. Folgendes Beispiel soll dies veranschaulichen: Saudi-Arabien kann Öl zu einem Preis von 12 US-Dollar pro Barrel produzieren. Die USA müssen für die Produktion eines Barrels aber 75 US-Dollar ausgeben. Da die globale Nachfrage nach Öl sehr hoch ist und Öl auf internationalen Märkten unter Konkurrenzbedingungen verkauft wird, pendelt sich der Ölpreis bei etwa 80

4 Profit ist eine Spezialform ökonomischen Überschusses und im Kapitalismus die eigentliche Form des Überschusses. Profit entsteht keineswegs automatisch, sondern nur unter spezifischen Bedingungen, die Kalecki (1942) in seiner Profittheorie darstellt. Als monetäres Phänomen tritt Profit nur auf einer Makroebene auf. Er setzt Nettoinvestitionen sowie ein ausreichendes Maß an Nachfrage voraus. Er entsteht nur unter Konkurrenzbedingungen auf Märkten. Renten sind dagegen nicht leistungsgebunden. Zur Entstehung von Renten sind weder Investitionen noch Konkurrenz erforderlich. Die Unterscheidung zwischen Rente und Profit kann nur makroökonomisch getroffen werden. Mikroökonomisch betrachtet sind sowohl Profit als auch Rente Gewinne. Dabei bleibt den einzelnen Produzent:innen in der Realität oftmals verschlossen, welcher Überschussform (Rente oder Profit) ein Gewinn zugeordnet werden kann. Siehe zu dieser Unterscheidung auch Elsenhans (2022).

5 Marginale Kosten (oder Grenzkosten) sind Kosten, die durch die Produktion eines zusätzlichen Gutes entstehen, das gerade noch am Markt produziert werden kann. Marginale Produktionskosten sind die Produktionskosten derjenigen Produktionseinheit, die am teuersten produziert, aber gerade noch zur Stillung der Nachfrage einbezogen wird.

US-Dollar pro Barrel ein. Die USA machen also einen kleinen Gewinn. Die Differenz zwischen den Produktionskosten Saudi-Arabiens und denjenigen der USA kann Saudi-Arabien sich als Rente aneignen.

Diese Rente – im Beispiel sind es 63 US-Dollar pro produziertem Barrel Öl – fallen für Saudi-Arabien also »einfach so« an. Diese Rente entsteht durch die Struktur der Weltwirtschaft. Im globalen Maßstab gleichen sich Produktionskosten im Rohstoffsektor auch auf lange Sicht nicht einander an, sondern bleiben unterschiedlich hoch. Es gibt keinen systemischen (Markt-)Zwang, der zu einer Angleichung der Produktionskosten in den USA und in Saudi-Arabien führen würde oder eine bestimmte Verwendung der von Saudi-Arabien angeeigneten Rente notwendig machen würde. Die 63 US-Dollar pro Barrel aus dem Beispiel kann Saudi-Arabien in Diversifizierung investieren oder in Forschung und Entwicklung anlegen. Das Land kann damit aber auch zusätzlichen Konsum finanzieren oder das Geld für Klientelismus, Stimmenkauf oder den Repressionsapparat aufwenden. Die Verwendung dieser Rente ist eine politische Entscheidung, das heißt, sie ergibt sich aus einem politischen Kräfteverhältnis. Sie ist aber nicht rückgebunden an die Bedingung ihrer Entstehung, also an die eigentliche Produktion. Entscheidend für die Entstehung einer (Differenzial-)Rente sind international unterschiedliche Produktionskosten. Renten fallen in der Landwirtschaft (etwa in der globalen Weizenproduktion) genauso an wie bei der Produktion von Öl, Kupfer oder Lithium. Sie entstehen aber auch auf globalen Finanzmärkten und sogar im verarbeitenden Gewerbe. Meist verschwinden Renten jedoch nach kurzer Zeit wieder, da Anpassungsmechanismen zu einer internationalen Angleichung der Produktionskosten führen. Rohstoffe sind besonders anfällig für Renten, da ihr Abbau standortgebunden ist und durch Technologie erfolgt, die global verfügbar sind und die einige wenige Unternehmen monopolisieren können.

Sobald Renten entstehen, gibt es Verteilungskämpfe um diese. Historisch betrachtet fielen Renten in Produktionsländern zunächst bei den Produzent:innen von Exportgütern an. Später hat der Staat sie meist über Exportsteuern »abgeschöpft«. Dies ist eine Erklärung dafür, dass etwa nach der Unabhängigkeit Lateinamerikas mächtige Agrarelliten entstanden, die es vermochten, die Staaten schwach zu halten. Im Zuge der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gelang es den Staaten schließlich, diese Agrarelliten in die Krise zu zwingen, entsprechende Machtressourcen zu mobilisieren, den Außenhandel zu regulieren und sich schließlich den Zugriff auf die Rente zu sichern (Warnecke-Berger i. E.). Ein weiteres Beispiel für Verteilungskämpfe um Renten ist der Konflikt zwischen Landbesitzenden und staatlichen Ak-

teur:innen in Jamaika im Zuge der Dekolonialisierung (Huber/Stephens 1986). Hier waren sowohl die Agrarelite als auch der Staat Nutznießer:innen der Rente. Heutzutage entsteht ein wichtiger Konflikt um Renten zwischen einerseits transnationalen Unternehmen, die global die notwendige Technologie und damit den Rohstoffabbau kontrollieren sowie andererseits nationalen Regierungen und lokalen Gemeinschaften, die an der Rente beteiligt werden wollen.

Das Auftreten von Renten ist an sich zunächst kein Problem. Würden sich miteinander handelnde Ökonomien in ihren Produktionsbedingungen einander angleichen, würden Renten auf lange Sicht verschwinden – sie würden unter dieser Bedingung neutralisiert. Diese Neutralisierung beruht auf zwei Mechanismen: Erstens müssen sich die Produktionskosten international tatsächlich angleichen. Dazu müssen etwa Technologie und Innovationen demokratisiert werden und alle beteiligten Wirtschaften neues Wissen erlernen. Zweitens müssen Produktionserweiterungen in einer Situation der Vollbeschäftigung stattfinden, damit sie zu höheren Reallöhnen führen. Dazu aber müssen strukturelle Arbeitslosigkeit, Armut und Marginalität zuvor überwunden werden. Diese beiden Bedingungen gelten in der gegenwärtigen Weltwirtschaft nur in geringem Maße (Bresser-Pereira et al. 2019).

Vielmehr erfordern beide Bedingungen politische Eingriffe. Denn erstens erfolgt die Verbreitung und Diffusion neuester Technologie international ungleich (Fagerberg/Verspagen 2002; O'Rourke/Gale 2017). Bereits seit Beginn des Kapitalismus werden Innovationen immer an ganz bestimmten Orten eingeführt. Damit sie demokratisiert und global verbreitet werden können, müssen sie erlernt und in bestehende Produktionsprozesse eingebettet werden. Diese Prozesse finden nicht überall gleichzeitig und in gleichem Maße statt. Zudem können Unternehmen bestimmte Technologien und das Wissen über sie monopolisieren. Darüber hinaus ist die Einführung bestimmter Technologien von strukturellen Variablen wie der Einkommensverteilung einer Gesellschaft abhängig.

Ist die Nachfrage homogen, etwa weil eine Gesellschaft eine egalitäre Einkommensverteilung aufweist, richtet sich der Produktionsapparat auf billigere Massenkonsumgüter aus, die mit Maschinen produziert werden können. Entsteht jedoch eine weniger homogene Nachfrage, da die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft stark ungleich ist – bleibt also beispielsweise ein Teil der Gesellschaft in Armut und struktureller Arbeitslosigkeit gefangen, während ein anderer Teil besonders reich ist – so richtet sich

der Produktionsapparat auf die Produktion weniger Luxusgüter aus. Beide Ausrichtungen haben weitreichende Folgen.

Luxusgüter, etwa eine Gucci-Tasche, werden zum Zwecke der Distinktion gekauft – als *conspicuous consumption*. Werden Gucci-Taschen billiger, steigt der Absatz weniger proportional, da die Reichen keinen Nutzen darin sehen, zwei, fünf oder zehn dieser Taschen zu kaufen, da diese sich nicht mehr als Statussymbol eignen. Produziert der Produktionsapparat jedoch einfache Konsumgüter für eine homogene Nachfrage, etwa T-Shirts, die in hoher Stückzahl verkauft werden, führen kleine Preisveränderungen durch Innovationen zu einer schnelleren Ausweitung der Produktion, da der Bedarf an T-Shirts kontinuierlich sehr groß ist. Die schnelle Ausweitung des Produktionsapparates hat größere Effekte auf Arbeitsmärkten. Dementsprechend gibt es einen Zusammenhang zwischen Wachstum und Gleichheit (Araujo/Teixeira 2021). Zurecht betonen heterodoxe Entwicklungstheoretiker:innen daher die Rolle internationaler Technologielücken zwischen verschiedenen Ländern sowie die technologische Orientierung und Spezialisierung von Volkswirtschaften (siehe etwa Cimoli et al. 2019). Außerdem stellen strukturelle Arbeitslosigkeit und Marginalität ein (globales) Unterbeschäftigungsgleichgewicht dar. Das bedeutet, dass zwar eine kleine Elite hohe Gewinne und Reichtum erwirtschaften und die Ökonomie so insgesamt betrachtet Überschüsse produziert, ein Großteil der Bevölkerung aber zu arm ist, um genug für das eigene Überleben zu erwirtschaften. Somit sind zwar Überschüsse vorhanden, die für Investitionen genutzt werden könnten, es fehlt aber die Investitionsbereitschaft, da mögliche Käufer:innen zu arm sind.

Unter diesen beiden Bedingungen – also der Existenz internationaler Technologielücken und struktureller Arbeitslosigkeit – sind die Mechanismen, die Renten neutralisieren, außer Kraft gesetzt. In der Folge sind Renten besonders persistent. Daraus entsteht ein kumulativer Prozess, der in einer ungleichen Spezialisierung mündet.⁶ Damit bezeichne ich (anknüpfend an dependenztheoretische Ansätze, etwa Amin 1973) eine Konstellation, in der Renten Anreize für eine Spezialisierung auf bestimmte Produktgruppen schaffen. Diese Produkte generieren zwar international hohe Einnahmen, verhindern aber im Land ein selbsttragendes, also nicht ausschließlich über

6 Kumulative Verursachung meint im Sinne Gunnar Myrdals (1957), dass es Gleichgewichts-Modellbeziehungen, wie sie die Neoklassik – also die vorherrschende Lehrmeinung in der Ökonomie – beschreibt, nicht geben kann, da sich kausale Wirkungen nicht auf eine einzelne Variable zurückführen lassen.

Exporte definiertes, und vor allem gerecht verteiltes Wachstum. Ungleiche Spezialisierung zementiert daher strukturelle Arbeitslosigkeit und verhindert technologisches Lernen. Damit untergräbt sie einen sektoralen Wandel weg von der Rohstoffproduktion, Diversifizierung der Wirtschaft sowie strukturelle Transformation. Zudem verstärkt ungleiche Spezialisierung umgekehrt wiederum die Persistenz von Renten. Der Preismechanismus erscheint auch innerhalb der Gesellschaften, die in ungleicher Spezialisierung gefangen sind, in Kraft (jedes Produkt hat einen Preis). Dieser Mechanismus erweist sich aber als unfähig, die Allokation von Gütern und Kapital über Sektoren hinweg zu steuern (das heißt, Preise in einem Sektor reagieren nicht mehr auf Preise in anderen Sektoren). Sektoren werden voneinander abgekoppelt, da Vorprodukte nicht oder nicht mehr lokal produziert werden, es entstehen Enklaven. Die gesamtökonomische Vernetzung und damit einhergehende Ausgleichsmechanismen nehmen ab. Rohstoffextraktivismus ist ein Ausdruck ungleicher Spezialisierung – zwar nicht der einzige, aber wohl der deutlichste.⁷

Renten, Rohstoffe und Extraktivismus

Renten, ungleiche Spezialisierung und Extraktivismus sind entstanden, da mit der Genese des Weltmarktes im 19. Jahrhundert und der Übertragung des Systems relativer Preise auf den Globalen Süden bestimmte Bedingungen geschaffen wurden. Diese führen dazu, dass der Globale Norden sich auf Technologieproduktion spezialisiert, der Globale Süden aber relative Kostenvorteile bei der Produktion von Rohstoffen und leicht zu verarbeitenden Produkten erhält (Warnecke-Berger 2023). Diese Muster erlauben es dem Globalen Süden nicht, strukturelle Arbeitslosigkeit zu überwinden und bei der Technologieproduktion aufzuholen. Im Gegenteil: Diese Bedingungen verfestigen Renten und führen für Länder des Globalen Südens zu einer Art Entwicklungsfalle.

Der Rohstoffextraktivismus als ein Muster ungleicher Spezialisierung, das ganze Gesellschaften prägt, entwickelte sich global in der zweiten Hälfte des

7 Auch die Bundesrepublik Deutschland »leidet« auch unter ungleiche Spezialisierung. Diese kann nur auf Grundlage der Ausbeutung der südeuropäischen EU-Mitgliedsstaaten aufrechterhalten werden. Sie ist abhängig von Export auf Kosten anderer, was oftmals als *Beggar-thy-neighbour*-Politik bezeichnet wird (Stockhammer/Onaran 2013).

19. Jahrhunderts. Dem ging zunächst die Entwicklung moderner Transporttechnologie voraus, die einen globalen Rohstoffhandel überhaupt erst ermöglichten. Zwar wurden Rohstoffe auch schon vor dieser Zeit gehandelt – oft verknüpft mit kolonialer Expansion. So schöpften etwa tributäre Eliten, die alte Reiche und Imperien beherrschten, über die Kontrolle von Gewalt von der Bevölkerung Agrarüberschüsse ab. Mit diesen beschäftigten sie Arbeitskräfte oder zwangen diese zur Produktion von Exportgütern. Große Reiche wuchsen in der Regel um Rohstoffe herum (Alcock et al. 2009). Ihre Handelsbeziehungen folgten dem Gebot »billig kaufen – teuer verkaufen« (Wood 1994: 18). Diese tributären Eliten boten keine Anreize für den Einsatz von Technologie, die auf Kostensenkungen abzielten. So blieben Investitionen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität meist aus. Dokumentiert ist dies etwa für den kolonialen Bergbausektor in Lateinamerika (Tandeter 2006). Lange Zeit folgten Handelsbeziehungen und Spezialisierungsmuster politischen Zwängen. Ohne moderne Transporttechnologie war der Extraktionssektor in diesen Gesellschaften jedoch zu gering ausgeprägt, um diese in Gänze in seinen Bann zu ziehen – also auch jene Sektoren zu formen, die nicht an der Extraktion beteiligt sind. Der Anteil der Pro-Kopf-Exporte der Extraktionssektoren am gesamten Pro-Kopf-Einkommen blieb daher gering (Coatsworth 1998: 32).

Dies änderte sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch folgenden Prozess (Warnecke-Berger 2023): Die sich industrialisierenden Länder des Globalen Nordens, in dem sich der Kapitalismus zuerst ausprägte, hatten die wichtigen Rohstofflager zunächst in ihren eignen Territorien. Sie waren daher nicht auf Rohstoffimporte angewiesen. Das galt sowohl für energetische Rohstoffe wie Holz oder Kohle als auch für mineralische Rohstoffe wie Eisen oder Kupfer. Die USA und Großbritannien exportierten sogar Rohstoffe. Der Abbau von Rohstoffen war aber zunächst sehr arbeitsintensiv (Wright 1990). So waren etwa in Kalifornien zwischen 1880 und 1940 etwa 40 Prozent aller Arbeiter:innen in Rohstoffsektoren beschäftigt (Walker 2001: 174–175). Aufgrund der hohen Nachfrage nach diesen Rohstoffen wurden nach und nach neue Rohstofflager in den Ländern des Globalen Nordens erschlossen. Diese wiesen aber höhere Abbaukosten auf, etwa durch einen geringeren Erzgehalt. Abbaunternehmen entwickelten daher Technologien, die diesen allmählich steigenden Abbaukosten entgegenwirken sollten (Bairoch 1993). Diese Technologien machten den Abbau zunehmend kapitalintensiv, wie etwa die Geschichte des Kupferabbaus in den USA oder in England zeigt (Schmitz 1986). Die verfügbaren Rohstoffreserven waren aber stets ausreichend, um den Bedarf der Länder des Globalen Nordens zu decken. Noch 1974 schrieb beispielsweise einer der

führenden westdeutschen Stahlkonzerne: »Die Bundesrepublik ist keinesfalls arm an Erz, sie ist lediglich arm an reichem Erz.« (Mannesmann AG 1974: 17)

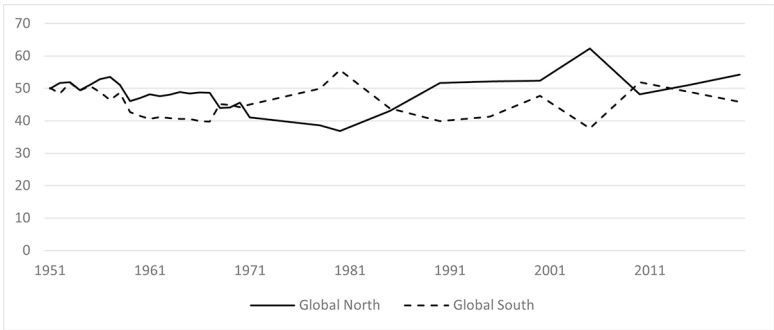
Im Laufe des 19. Jahrhunderts spezialisierten sich die Industrieländer des Globalen Nordens auf die Produktion verarbeiteter Produkte sowie auf technologieintensivere Produktgruppen – und begannen diese zu exportieren. Als Pendant dazu gerieten Länder mit kostengünstigeren Rohstofflagern in Konkurrenz zu den Industrieländern. In der Folge begannen sie sich auf Produktgruppen zu spezialisieren, in denen die Länder des Globalen Nordens relativ weniger produktiv waren. Auf diese Weise wurde moderne Abbautechnologie auch für Länder des Globalen Südens verfügbar. Aufkommende Transporttechnologie brachten Abbaulager für die Industriezentren erreichbar. Rohstoffhandel und -produktion globalisierten sich. Durch die ungleiche Technologiediffusion und die bereits bestehende strukturelle Arbeitslosigkeit war die Produktion in Ländern des Globalen Südens jedoch von Beginn an kapitalintensiv (League of Nations 1945: 26). Diese Bedingungen begünstigten die Entstehung von Renten, da sie zu einer Verstetigung struktureller Arbeitslosigkeit bei geringer Beschäftigung führten und so keine homogene Nachfrage nach lokal produzierten Waren entstehen konnte. Die Renten bewirkten, dass der Rohstoffexport in diesen Ländern des Globalen Südens besonders produktiv erschien. Relative Produktivitätsfortschritte ergaben sich jedoch nur daraus, dass es nach wie vor Produktionsstätten gab, die zu viel höheren Preisen produzierten. Gleichzeitig sanken daher die Anreize, jenseits der Rohstoffextraktion in die lokale Produktion zu investieren. Anders formuliert: Rohstoffe waren *relativ* produktiv – relativ zu den anderen Sektoren innerhalb der Ökonomien im Globalen Süden und relativ zu den sich industrialisierenden Ökonomien im Globalen Norden. Letztere hatten Kostenvorteile bei der Produktion von Industriewaren, bauten aber ebenfalls noch Rohstoffe ab. Historisch trat dieser Mechanismus zunächst bei landwirtschaftlichen Gütern auf und wiederholte sich später bei mineralischen Rohstoffen.

Im 19. Jahrhundert konzentrierte sich der Globale Süden daher zunächst noch stark auf Agrarexporte und begann nur allmählich, Mineralien zu exportieren (Bairoch/Etemad, 1985). Zwischen 1815 und 1914 hatten Metalle nur einen Anteil von 2 Prozent und Energierohstoffe sogar nur einen Anteil von 1 Prozent an allen Exporten des Globalen Südens (Bairoch, 1993: 69). Kurzum: Die technologische Überlegenheit der kapitalistischen Länder des Globalen Nordens und deren Spezialisierungsmuster, aber auch die enorme Reallohnsteigerungen im Norden, forcierten eine ungleiche Spezialisierung auf Rohstoffe

im Süden. Viele Länder des Globalen Südens wurden zu *export economies* (Levin 1960). Der Druck zu dieser Entwicklung entwickelte sich aus dem System relativer Preise der sich etablierenden Weltwirtschaft.

Diese erste Globalisierung, die etwa von 1850 bis zum Ersten Weltkrieg stattfand, erzeugte in den Ländern des Globalen Südens enorme soziale Ungleichheit (Williamson 2011). Zugleich ebnete sie den Weg für die dortige ungleiche Spezialisierung auf Extraktivismus. Diese hat sich seither im Kern nicht verändert. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass für Länder des Globalen Südens die Rohstoffproduktion zwar einen sehr hohen Stellenwert hatte, dass aber der Globale Süden nicht einmal für die Hälfte der gesamten Rohstoffproduktion auf der Welt verantwortlich war. Erst nach 1969 begann der Globale Süden die weltweiten Rohstoffexporte zu dominieren. Diese Position verlor er infolge der Ölkrise 1973–1979 wieder. Im Zuge dieser Krise verlegten Länder des Globalen Nordens wichtige Sektoren der Rohstoffproduktion (etwa für Öl) zurück in ihre Territorien (Bairoch 1993: 66). Der Anteil des Globalen Nordens am Weltrohstoffhandel blieb insgesamt stabil bei etwa 50 Prozent (in den späten 1950er Jahren) bis rund 54 Prozent (um die Jahrtausendwende, siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Anteil des Globalen Südens und des Globalen Nordens am Weltrohstoffhandel 1951–2020 in Prozent.



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von UNCTADStat (UNCTAD o.J.) und UN Monthly Bulletin of Statistics (UNdata o.J.).

Der Globale Norden ist nach wie vor stark in der Rohstoffproduktion engagiert und hält einen hohen Anteil an der weltweiten Produktion. Übertrieben ausgedrückt produziert der Globale Norden etwa 50 Prozent aller globalen Rohstoffe, ist aber nicht einseitig auf Rohstoffproduktion und Extraktivismus ausgerichtet. Dieser Zusammenhang und die höheren marginalen Produktionskosten in Ländern des Globalen Nordens ermöglichen es Produktionsländern im Globalen Süden, Renten anzueignen. Zudem sichern sich Länder des Globalen Nordens eine Rückhaltermacht im Rohstoffhandel, indem sie einen substanziellen Teil der Rohstoffproduktion in ihre Territorien verlagern. Ein solcher Trend ist gerade insbesondere bei Rohstoffen zu beobachten, die für die angestrebte Energiewende benötigt werden. Der Globale Norden will so seine Abhängigkeit von kritischen Mineralien reduzieren.⁸ Das bedeutet aber auch, dass die globale Nachfrage nach Rohstoffen so hoch ist, dass das Angebot aus dem Globalen Süden diese allein nicht befriedigen kann. Der Globale Norden bleibt daher ein entscheidender Akteur als Rohstoffproduzent – sei es aus wirtschaftlicher Rationalität oder aus nationalen Interessen. Die Folge ist abermals eine Persistenz der Rente, da davon auszugehen ist, dass die marginalen Produktionskosten teilweise erheblich unterschiedlich sind. Im Zuge der angestrebten Energiewende in Deutschland und Europa wird derzeit beispielsweise wieder diskutiert, Rohstoffe, die für die sozioökologische Transformation benötigt werden (wie Lithium oder seltene Erden) wieder in Europa abzubauen und dabei zu sehr hohen Preisen neueste Technologie einzusetzen.

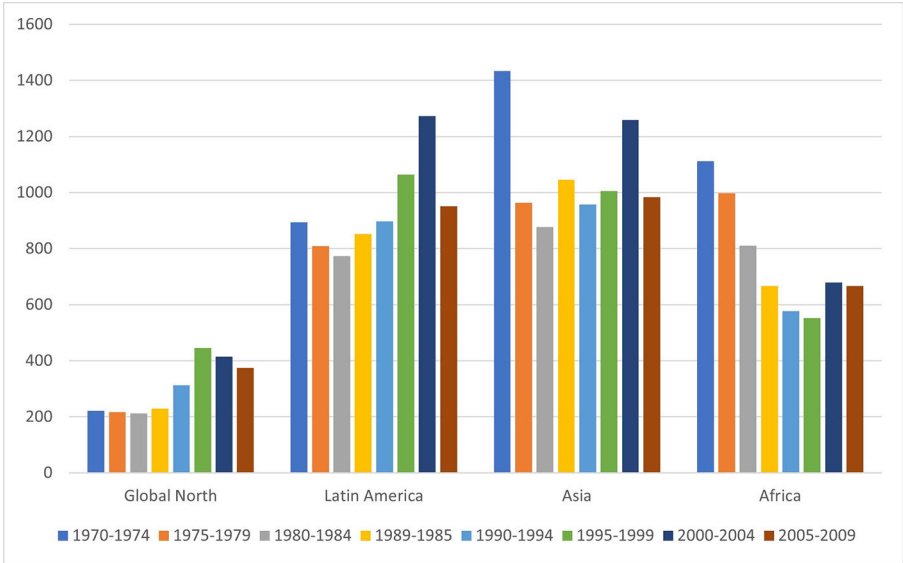
Auf globaler Ebene machen Renten 2020 mehr als 9 Prozent des gesamten Warenhandels aus. Dieser Wert liegt seit den 1970er Jahren bis heute bemerkenswert stabil bei durchschnittlich 15 Prozent (eigene Berechnungen auf Grundlage der World Development Indicators (WDI), World Bank o.J.).

Renten und ungleiche Spezialisierungen haben direkte Auswirkungen auf die Struktur der Wirtschaftssektoren einer Gesellschaft. Sie führen zu großen Unterschieden in der Arbeitsproduktivität zwischen verschiedenen Sektoren (siehe Abbildung 2). Dabei erweist sich der extraktive Sektor als außerordentlich profitabel im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe oder zur Landwirtschaft, die für den lokalen Markt produziert. Zudem besteht eine problematische Verbindung zwischen Renten und Beschäftigung. Diese wird besonders

8 Das kann dazu führen, dass durch die angestrebte Energiewende und die damit verbundene Verlagerung der Produktion kritischer Rohstoffe in den Globalen Norden die verfügbare Rente für Länder des Globalen Südens enorm steigt.

deutlich, wenn man die Unterschiede in der Arbeitsproduktivität je nach Sektor berücksichtigt. Im Globalen Norden sind die Unterschiede in der Arbeitsproduktivität zwischen verschiedenen Sektoren nach wie vor gering. Das Verhältnis zwischen der Arbeitsproduktivität in den extraktiven Sektoren und der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität aller Wirtschaftssektoren beträgt im Globalen Norden 1:3. Im Globalen Süden beträgt dasselbe Verhältnis jedoch bis zu 1:14 (siehe Abbildung 2). Das verdeutlicht, wie überaus produktiv die extraktiven Sektoren in Ländern des Globalen Südens erscheinen, während dies für dieselben Sektoren im Globalen Norden keinesfalls gilt.

Abbildung 2: Ungleiche Spezialisierung und sektorale Arbeitsproduktivität. Das Verhältnis der Arbeitsproduktivität des Extraktionssektors zur durchschnittlichen Arbeitsproduktivität der jeweiligen Volkswirtschaften im Globalen Norden, Lateinamerika, Asien und Afrika 1970–2009 in Prozent.⁹



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten von Kruse et al. 2023.

9 Dargestellt sind jeweils 5-Jahres-Durchschnittswerte des Anteils der sektoralen Arbeitsproduktivität an der durchschnittlichen Gesamtarbeitsproduktivität. Extraktive Rohstoffsektoren weisen dabei eine exorbitant hohe Arbeitsproduktivität auf. Im Zeitverlauf ist keine Angleichung der unterschiedlichen Sektoren feststellbar.

Der Globale Norden hat einen geringeren Anteil an den Gesamtrenten als der Globale Süden, obwohl er insgesamt einen höheren Anteil am globalen Rohstoffhandel hat. Die Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben einen Anteil an der Gesamtrohstoffrente von unter 20 Prozent (eigene Berechnungen auf Grundlage der WDI, World Bank o.J.). Dennoch produzieren sie mehr als 50 Prozent der global gehandelten Rohstoffe. Der Globale Norden baut also Rohstoffe ab, spezialisiert sich aber nicht auf Extraktivismus, da hier die Produktivität in anderen Sektoren wächst und der Globale Norden sich in der Rohstoffproduktion keine Renten aneignet.¹⁰

Das Scheitern der Rohstoffpolitik der NIEO

In der NIEO fanden das Problem der Persistenz der Rente und deren Folge, die Tendenz zur ungleichen Spezialisierung, keine Berücksichtigung. Die Beschlüsse des »Programme for Action« in der Resolution der UN-Generalversammlung vom Mai 1974 sahen ein integriertes Rohstoffprogramm vor, das darauf abzielte, wettbewerbshemmende Handelsbeschränkungen in Ländern des Globalen Nordens abzuschaffen. Die primäre Idee war, Rohstoffexporte auszuweiten und damit die Exporterlöse erst zu verstetigen und dann nach und nach anzuheben, um die Gewinne zu erhöhen (Laszlo et al. 1978: 45). Die Verstetigung sollte durch *buffer stocks* erreicht werden – eine Idee, die schon John Maynard Keynes in seinem Plan zur Reform der Weltwirtschaft in Bretton Woods vorgebracht hatte, aber letztlich nicht durchsetzen konnte. Dazu sollten rohstoffspezifische Produzent:innenverbände beziehungsweise Kartelle gegründet werden, die in Fragen der internationalen Preissetzung miteinander kooperieren und technologisches Wissen über den Rohstoffabbau in den produzierenden Ländern aufbauen sollen. Zur gerechten Bemessung dieser Mengenpuffer sollten eigene Preisindizes geschaffen werden. Diese sollen die

10 Länder wie Norwegen weisen zwar höhere Rentenanteile auf, bleiben aber aufgrund der Stärke der nicht extraktiven Sektoren dennoch unter den Werten der Ökonomien des Globalen Südens. Norwegen hat jedoch politische Mechanismen zur Neutralisierung der Rente entwickelt. Dazu gehört, dass Renten in Staatsfonds, sogenannten *sovereign wealth funds*, angelegt werden. Das trug jedoch auch zu einem enormen Wachstum des globalen Finanzkapitalismus bei.

Exportpreise des Globalen Südens an Importpreise aus dem Globalen Norden binden (Terms of Trade).

Das Modell macht deutlich, dass die Beziehung zwischen Preis und Mengen die marginalen Produktionskosten und damit die Renten außen vor ließ. Sie bezog sich lediglich auf das Austauschverhältnis zwischen Globalem Norden und Süden. Dieses Austauschverhältnis ist aber eine Folge der Renten, die im Rohstoffhandel anfallen – nicht deren Ursache. Die sich für den Globalen Süden verschlechternden Terms of Trade zwischen Globalem Norden und Süden, aber auch zwischen Rohstoffen und Industrieprodukten bringen letztlich deren unterschiedliche Einkommenselastizität¹¹ zum Ausdruck, nicht aber die Ursache für die jeweiligen Spezialisierungsmuster (Thirlwall 2013). Solange große Unterschiede in den Produktionskosten bestehen, ist zudem anzuzweifeln, ob Kartelle derart stark werden, dass es ihnen tatsächlich gelingt, Mitglieder, die die Kartelle zu unterlaufen versuchen, sanktionieren zu können. Die Zeit seit 2000, in der Saudi-Arabien große Preisanhebungen durch eine Mengenzurückhaltung der OPEC durch eine Erhöhung seines eigenen Exports unterlaufen hat, ist hierfür ein augenscheinliches Beispiel.

Die NIEO ist es so nicht gelungen, die Problematik der internationalen Preisbildung und der daraus hervorgehenden Spezialisierungsmuster zu erfassen. Sie wurde daher auch nicht mit internen Anpassungsmechanismen, strukturellem Wandel und sektoraler Transformation verknüpft. Damit erlag auch die NIEO einem Entwicklungsmythos. Vergessen wurde dabei, die höheren Exporterlöse auch mit höheren Einnahmen für die Masse der Bevölkerung, mit besseren Arbeitsbedingungen, mit einem Ausbau der technologischen Fähigkeiten, mit Bildung und Forschung sowie letztlich mit mehr Jobs zu verknüpfen. Dieses Muster findet sich in Rohstoffländern seither immer wieder: Eine Evaluation der Entwicklungsbestrebungen während des Rohstoff-Superzyklus von 2000 bis 2014 (Burchardt et al. 2021) ergab, dass zwar eine Erhöhung der Rente erreicht wurde, dass dabei aber keine Alternativen geschaffen wurden, die es ermöglicht hätten, sowohl strukturelle Arbeitslosigkeit als auch internationale Technologielücken zu überwinden.

Da die NIEO die Ursachen der Ungleichheitsachse Rohstoffe nur partiell auffing, konnte sie diese globale Asymmetrie nicht angehen oder gar überwinden, im Gegenteil: Als Folge unzureichender Interventionen, aber auch auf-

11 Die Einkommenselastizität (der Nachfrage) beschreibt die Änderung der Nachfrage nach einem speziellen Gut im Verhältnis zur Änderung des Einkommens von Konsument:innen.

grund des Beharrungsvermögens von Ländern des Globalen Nordens, verstetigten sich die bereits bestehenden Muster ungleicher Spezialisierung weiter.

Über die Chancen einer neuen Neuen Weltwirtschaftsordnung

An diesem Scheitern der NIEO können neue Reformideen ansetzen. Diese können die Forderungen einer NIEO radikalisierten und dabei zugleich auf das zugrunde liegende Problem der ungleichen Spezialisierung fokussieren. Dazu müssten jedoch Mechanismen entwickelt werden, um Renten zu neutralisieren und damit strukturelle Transformationen sowie sektoriellen Wandel anzuregen. Diese intelligente Kanalisierung von Renten kann jedoch nicht direkt in einer Steigerung der Exporterlöse (und damit letztlich in einer Steigerung der Renten) bestehen, wie in den 1970er Jahren noch in der NIEO angedacht. Zur Neutralisierung der Wirkung der Renten müssen sekundäre Mechanismen geschaffen werden, die Renten planbar sowie politisch kontrollierbar machen und Möglichkeiten schaffen, diese ökonomisch und politisch sinnvoll einzusetzen. Dazu müssten jedoch die Renten erst einmal sichtbar gemacht werden. Anschließend müsste die Abschöpfung der Renten planbar werden. Letztlich müssten in einem dritten Schritt die problematischen Wirkungen der Rente und damit die vertiefte ungleiche Spezialisierung bekämpft werden.

Ein internationales Programm zur Ermittlung der marginalen Produktionspreise

Die Berechnung der Renten ist erst einmal äußerst schwierig. Produktionskosten sind gut geschützte Geheimnisse transnationaler Unternehmen. Zur Ermittlung der tatsächlichen marginalen Produktionskosten muss man erstens die Produktionskosten einzelner Unternehmen erheben und sie dann zweitens zu den Produktionsdaten aller am Markt beteiligter Akteur:innen ins Verhältnis setzen. Oberste Priorität hat daher der Zwang zur Transparenz – sowohl für nationale wie transnationale Abbaunternehmen als auch für nationale Regierungen. Es gibt bereits entsprechende privatwirtschaftliche Daten – etwa Datenbanken über Rohstoffproduzent:innen von Ratingagenturen wie Standard & Poors (etwa: S&P Capital IQ Pro) oder Rystad Energy. Diese könnten mit wenig Aufwand in ein öffentliches Datenarchiv überführt werden, ähnlich der UNCTADStat-Datenbank. Dieser erste

Schritt besteht also in einer Kommunikationspflicht aller am Rohstoffmarkt beteiligten Akteur:innen und verursacht daher kaum Kosten.

Besteuerung der Rohstoffproduzenten

Diese Datengrundlage ist der Ausgangspunkt für eine optimale Besteuerung der Rohstoffproduzent:innen. Dabei muss das Ziel gar nicht sein, diese zu verstaatlichen. Es reicht schon aus, lediglich die Rente abzuschöpfen. Dies kann etwa über einen Steuersatz geschehen, der sich individuell an den jeweiligen marginalen Produktionskosten sowie an der globalen Nachfrage orientiert. Private Produktionsunternehmen hätten neben dem Wegfall der Rente keine weiteren Sanktionen zu befürchten. Sie könnten also nach wie vor einen Profit in Höhe der durchschnittlichen Profitrate erwirtschaften. Anders gesagt: Diese Unternehmen können weiterhin Gewinne machen, aber sich keine Rente mehr aneignen. »Profit ohne Rente« wäre ein wichtiges Argument um internationale Technologielücken zu schließen. Unternehmen liefen nicht mehr Gefahr, dass ihre zukünftigen Investitionen durch eine unplanbare Besteuerung der Rohstoffländer angegriffen würden. Gleichzeitig könnten Länder des Globalen Nordens dann auch nichts mehr gegen eine Regulierung des Rohstoffhandels einwenden, da weder Technologiewissen noch zukünftige Gewinnmöglichkeiten abseits der Rente von transnationalen Unternehmen zur Debatte stünden. Offen ist nur, welche politische Ebene – national, regional, oder supranational – zu einer solchen gezielten Besteuerung – also zur Abschöpfung der Renten – am besten in der Lage wäre. Dies könnte Spielräume für regionale Integrationsprozesse zwischen den Ländern des Globalen Südens eröffnen und Süd-Süd-Kooperationen unterstützen.

Die Neutralisierung der Rente

Da Renten in der Weltwirtschaft mehr oder minder automatisch anfallen, braucht es schließlich politische Mechanismen mit dem Ziel, die problematischen Wirkungen dieser Renten zu neutralisieren. Eine direkte Umverteilung allein ist dafür nicht ausreichend, wie die Erfahrungen des Rohstoffbooms und der Regierungen der sogenannten *pink tide* in Lateinamerika zwischen 2000 und 2014 zeigen (Warnecke-Berger et al. 2023). Diese Regierungen konnten sich zwar einen größeren Teil der Rente aneignen und diese auch in Sozialprogramme kanalisieren. Sie vermochten es aber nicht, diese Politik auch mit einer höheren Beschäftigung und mit ökonomischen Alternativen

zum Extraktivismus zu verbinden. Eine Umverteilung müsste daher flankiert werden durch sogenannte sekundäre Politiken, die auf der Nachfragewirkung der Rentennutzung basieren und sich zum Ziel setzen, Produktion und Konsum abseits des Rohstoffexportes zu erweitern. Als besonders effizient haben sich zu diesem Zweck egalitäre Agrarreformen, industriepolitischen Maßnahmen sowie großflächige Beschäftigungsprogramme erwiesen. Diese können jeweils strukturelle Arbeitslosigkeit überwinden und Transformationen einleiten, die den technologischen Pfad ganzer Gesellschaften verändern können. Diese Beschäftigungsprogramme können auch den Anforderungen einer sozioökologischen Transformation gerecht werden und im Sinne eines *green deal* zur globalen Diffusion klimaneutraler Technologie beitragen. Da Renten aber dennoch zumindest temporär persistent bleiben dürften, sind diese Beschäftigungsprogramme nicht gezwungen, ein bestimmtes Maß an Effizienz zu erreichen. Stattdessen sollten sie darauf ausgerichtet sein, durch eine Überwindung des Arbeitskräfteüberschusses der strukturellen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken (Warnecke-Berger 2021a). Auch an diesem Punkt stellt sich erneut die Frage der politischen Ebene: Verfügbare Renten eignen sich derzeit meist Produktionsunternehmen oder staatliche Stellen (durch Steuern) an. Die erwähnten sekundären Politiken bieten jedoch die Möglichkeit, auch regionale Institutionen mit einzubeziehen. Hier gibt es Anschlüsse an die Diskussion über Rohstoffkartelle in der NIEO.

Zusammengenommen wären diese Vorschläge integrale Bestandteile einer *neuen* Neuen Weltwirtschaftsordnung. Diese setzte sich aus dem Blickwinkel der Rohstoffpolitik und Rohstoffökonomie das Ziel, die Entstehungsbedingungen der Rente, und damit die Möglichkeiten ungleicher Spezialisierung zu unterminieren und zugleich aus einem globalen Nullsummenspiel zwischen Globalem Norden und Süden ein Positivsummenspiel zu entwickeln. Ein zentrales Motto könnte dabei werden: »Mit der Rente Rente überwinden«.

Literatur

- Alcock, Susan E./D'Altroy, Terence N./Morrison, Kathleen D./Sinopoli, Carla M. (Hg.) (2009): *Empires. Perspectives from archaeology and history*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Amin, Samir (1973) : *Le développement inégal. Essai sur les formations sociales du capitalisme périphérique*. Paris : Les Éditions de Minuit.

- Araujo, Ricardo Azevedo/Teixeira, Joanilio Rodolpho (2021): Structural change and the role of demand. In: Alcorta, Ludovico/Foster-McGregor, Neil/Verspagen, Bart/Szirmai, Adam (Hg.), *New perspectives on structural change. Causes and consequences of structural change in the global economy*. Oxford: Oxford University Press, 95–112.
- Bairoch, Paul (1993): *Economics and world history. Myths and paradoxes*. Chicago: University of Chicago Press.
- Bairoch, Paul/Etemad, Bouda (1985): *Structure par produits des exportations du Tiers-Monde, 1830–1937*. Genf: Librairie Droz.
- Bresser-Pereira, Luiz Carlos/Oreiro, Jose Luis/Marconi, Nelson (2019): *Developmental macroeconomics. New developmentalism as a growth strategy*. New York/London: Routledge.
- Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina/Warnecke-Berger, Hannes (2021): Dependency, rent, and the failure of neo-extractivism. In: Palestini, Stefano/Madariaga, Aldo (Hg.), *Dependent capitalisms in contemporary Latin America and Europe*. London/New York: Palgrave Macmillan, 207–229.
- Chakraborty, Shouvik/Sarkar, Prabirjit (2020): From the classical economists to empiricists: A review of the terms of trade controversy. In: *Journal of Economic Surveys* 34 (5), 1111–1133.
- Cimoli, Mario/Pereima, João Basilio/Porcile, Gabriel (2019): A technology gap interpretation of growth paths in Asia and Latin America. In: *Research Policy* 48 (1), 125–136.
- Coatsworth, John H. (1998): Economic and institutional trajectories in nineteenth-century Latin America. In: Coatsworth, John H./Taylor, Alan M. (Hg.), *Latin America and the world economy since 1800*. Cambridge/London: Harvard University Press, 23–54.
- Elsenhans, Hartmut (2022): *Capitalism, development and empowerment of labour: A heterodox political economy*. New York: Routledge.
- Fagerberg, Jan/Verspagen, Bart (2002): Technology-gaps, innovation-diffusion and transformation: An evolutionary interpretation. In: *Research Policy*, 31 (8–9), 1291–1304.
- Huber, Evelyne/Stephens, John D. (1986): *Democratic socialism in Jamaica. The political movement and social transformation in dependent capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Kalecki, Michael (1942): A theory of profits. In: *The Economic Journal*, 52 (206/207), 258–267.

- Kruse, Hagen/Mensah, Emmanuel/Sen, Kunal/de Vries, Gaaitzen (2023): A manufacturing (re)naissance? Industrialization in the developing world. In: *IMF Economic Review*, 71, 439–473.
- Laszlo, Ervin/Baker, Robert Jr./Eisenberg, Elliott/Raman, Venkata (1978): The objectives of the New International Economic Order. New York: Pergamon Press.
- League of Nations (1945): Industrialization and foreign trade. Geneva: Publications Department of the League of Nations.
- Levin, Jonathan V. (1960): The export economies. Their pattern of development in historical perspective. Cambridge: Harvard University Press.
- Mannesmann AG (1974): Import-Rohstoff Eisenerz. In: *Rohr-Post: Zeitschrift für die Aktionäre und Geschäftsfreunde der Mannesmann AG*, November 1974, 16–19.
- Myrdal, Gunnar (1957): Economic theory and underdeveloped regions. London: Duckworth.
- O'Rourke, Kevin H./Gale, Jeffrey (Hg.) (2017): The spread of modern industry to the periphery since 1871. Oxford: Oxford University Press.
- Schmitz, Christopher (1986): The rise of big business in the world copper industry 1870–1930. In: *Economic History Review*, 39 (3), 392–410.
- Stockhammer, Engelbert/Onaran, Ozlem (2013): Wage-led growth. Theory, evidence, policy. In: *Journal of Keynesian Economics*, 1 (1), 61–78.
- Tandeter, Enrique (2006): The mining industry. In: Coatsworth, John H./Cortés-Conde, Roberto/Bulmer-Thomas, Victor (Hg.), *The Cambridge economic history of Latin America. Volume 1: The colonial era and the short nineteenth century*. Cambridge: Cambridge University Press, 315–356.
- Thirlwall, Anthony P. (2013): Economic growth in an open developing economy. The role of structure and demand. Cheltenham: Edward Elgar.
- UNdata – United Nations Statistics Division (o.J.): Monthly Bulletin of Statistics Online. <https://unstats.un.org/unsd/mbs/app/DataSearchTable.aspx> (Zugriff am 2.6.2023).
- UNCTAD – United Nations Conference on Trade and Development (o.J.): UNCTADstat. <https://unctadstat.unctad.org/EN/About.html> (Zugriff am 2.6.2023).
- Walker, Richard A. (2001): California's golden road to riches: Natural resources and regional capitalism, 1848–1940. In: *Annals of the Association of American Geographers*, 91 (1), 167–199.
- Warnecke-Berger, Hannes (2021a): Fixing the labour surplus in existing economic structures. In: Wilcock, Neil/Federzoni dos Santos, Edgar (Hg.), *Not*

- paying the rent. Imagining a fairer capitalism. Cham: Palgrave Macmillan, 157–166.
- Warnecke-Berger, Hannes (2021b): Rent, capitalism and the challenges of global uneven Development. In: Warnecke-Berger, Hannes (Hg.): Development, capitalism, and rent. The political economy of Hartmut Elsenhans. London/New York: Palgrave Macmillan, 1–16.
- Warnecke-Berger, Hannes (2023): Trade, unequal specialization, and the persistence of extractivism. In: Warnecke-Berger, Hannes/Ickler, Jan (Hg.), The political economy of extractivism. Global perspectives on the seduction of rent. London/New York: Routledge, 17–41.
- Warnecke-Berger, Hannes (i. E.): Extractivism, nature, and wealth: Unequal specialization and the modernization of elite rule in Latin America. In: Burchardt, Hans-Jürgen/Lungo Rodríguez, Irene (Hg.), Wealth, development and social inequalities in Latin America: Transdisciplinary insights. New York: Routledge.
- Warnecke-Berger, Hannes/Burchardt, Hans-Jürgen/Dietz, Kristina (2023): The failure of (neo-)extractivism in Latin America. Explanations and future challenges. In: *Third World Quarterly*, 44 (8), 1825–1843.
- Warnecke-Berger, Hannes/Burchardt, Hans-Jürgen/Ouaissa, Rachid (2022): Natural resources, raw materials, and extractivism. The dark side of sustainability. Extractivism Policy Brief, 1/2022. https://extractivism.de/wp-content/uploads/2022/01/extractivism_policy_brief-1-2022.pdf (Zugriff am 14.6.2023).
- Warnecke-Berger, Hannes/Ickler, Jan (Hg.) (2023): The political economy of extractivism. Global perspectives on the seduction of rent. London/New York: Routledge.
- Williamson, Jeffrey G. (2011): Trade and poverty. When the third world fell behind. Cambridge: MIT Press.
- Wood, Ellen Meiksins (1994): From opportunity to imperative. The history of the market. In: *Monthly Review*, 46 (3), 14–40.
- World Bank (o.J.): World development indicators. <https://databank.worldbank.org/source/world-development-indicators> (Zugriff am 2.6.2023).
- Wright, Gavin (1990): The origins of American industrial success, 1879–1940. In: *American Economic Review*, 80 (4), 651–668.